



FOREIGN MINISTERS MEETING
MINISTÉRIELLE AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DINARD – SAINT-MALO
5 – 6 AVRIL 2019

5. April 2019

ERKLÄRUNG VON DINARD ZU FRAUEN, FRIEDEN UND SICHERHEIT

Fast zwanzig Jahre nach der Verabschiedung der Resolution 1325 (2000) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen lenkt die G7 die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft auf die spezifischen und unverhältnismäßigen Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Frauen und Mädchen sowie auf die allgegenwärtigen Hindernisse, auf die sie in allen Phasen der Konflikte stoßen. Trotz der verschiedenen Konsequenzen von bewaffneten Konflikten auf Frauen, Männern, Mädchen und Jungen und der bedeutenden Rolle, die Frauen bei Prävention und Beilegung von Konflikten zukommt, sitzen Frauen selten am Verhandlungstisch. Friedensvereinbarungen beinhalten selten Bestimmungen, durch welche die Menschenrechte und Grundfreiheiten von Frauen oder die Menschenrechte anderer von diversen sich überschneidenden Formen der Diskriminierung und Gewalt betroffenen Gruppen geschützt werden. Wir wissen aber, dass, wenn Frauen wirklich einbezogen werden und eine größere Rolle im Friedensprozess spielen, Friedensvereinbarungen bessere Aussichten haben, dauerhaft zu bestehen.

In diesem Zusammenhang erinnern wir daran, wie wichtig es ist, inklusive Friedensprozesse mit einer gleichberechtigten und mitentscheidenden Teilnahme von Frauen zu unterstützen. Das setzt die Garantie voraus, dass Frauen einen offiziellen Platz bei der Entscheidungsfindung einnehmen und sowohl ihre Teilnahme als auch ihre Beiträge vollumfänglich berücksichtigt und in alle Phasen der Verhandlung und der Umsetzung des Abkommens einbezogen werden. Das setzt auch voraus, den bedeutenden und unverzichtbaren Beitrag zur Konsolidierung des Friedens anzuerkennen, den Frauenorganisationen und die Zivilgesellschaft leisten, einschließlich auf lokaler Ebene; in Konfliktzeiten, aber auch durch vorbeugende Maßnahmen und in Situationen nach Konflikten. Inklusive Friedensprozesse setzen voraus, dass Frauen und Frauenorganisationen unterstützt werden und dass ein aufnahmebereites Umfeld geschaffen wird, das es ihnen ermöglicht, vollumfänglich, nutzbringend und gleichberechtigt daran teilzunehmen. Wir bekräftigen unsere Absicht, unsere Bemühungen in dieser Hinsicht angesichts des im Jahr 2020 anstehenden zwanzigsten Jahrestages der Verabschiedung der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu verstärken.

Die Stigmatisierung und die soziale Ausgrenzung, denen Überlebende und Opfer sexueller Gewalt während Konflikten oft ausgesetzt sind, dürfen nicht mehr hingenommen werden. Die internationale

Gemeinschaft muss aktiv werden und sexueller und sexistischer Gewalt in Konfliktsituationen vorbeugen sowie Bemühungen und Initiativen unterstützen, mit denen eine auf die Überlebenden und Opfer ausgerichtete Intervention gefördert wird, indem insbesondere auf ihre Bedürfnisse und auf die von Kindern, die infolge von Vergewaltigungen in Konfliktzeiten geboren wurden, eingegangen wird, unter Berücksichtigung der Gleichstellungsproblematik, durch eine leichtere Wiedereingliederung in ihre Familie und in die Gesellschaft, durch eine bessere, insbesondere eine opferorientierte Justiz, indem die Täter für ihre Verbrechen zur Rechenschaft gezogen und medizinische, psychologische und soziale Unterstützung gewährt wird.

Deshalb verpflichten wir uns als Teilnehmende an der Erklärung von Dinard zu Frauen, Frieden und Sicherheit dazu,

- uns weiterhin darum zu bemühen, die spezifischen medizinischen, psychologischen und sozialen Bedürfnisse von Überlebenden und Opfern zu berücksichtigen; wir unterstützen Bemühungen wie die der Friedensnobelpreisträger Nadia Murad und Dr. Denis Mukwege, einen freiwilligen Fonds für Überlebende und Opfer sexueller Gewalt einzurichten;
- die Abstimmung zwischen Mitgliedstaaten der G7 zu vertiefen, damit wir schneller auf die Bedürfnisse im Bereich der Unterstützung von Überlebenden und Opfern eingehen, insbesondere durch die Bereitstellung medizinischer, psychologischer und sozialer Unterstützung sowie durch die Leistung von Hilfe für Überlebende und Opfer. Die Bemühungen könnten bereits existierende Initiativen und die Verwirklichung neuer Initiativen und Maßnahmen ergänzen.
- die Abstimmung zwischen Mitgliedstaaten der G7 zu verstärken, um die Teilnahme von Frauen an Friedensprozessen zu unterstützen, insbesondere in ihrer Rolle als Verhandlerinnen, Vermittlerinnen und Friedensstifterinnen; und
- Initiativen zu unterstützen, mit denen die vollumfängliche, mitentscheidende und gleichberechtigte Teilnahme von Frauen an Friedensprozessen, an der Wiederherstellung und Festigung des Friedens gefördert werden, insbesondere im Rahmen der Initiative für Partnerschaften der G7 für Frauen, Frieden und Sicherheit, bei der Verhandlung und der Umsetzung von Friedensvereinbarungen sowie durch die Unterstützung von Friedensstifterinnen und lokalen Frauenorganisationen.

FIGHTING INEQUALITY,
REDUCING THREATS,
STRENGTHENING DEMOCRACY



LUTTER CONTRE LES INÉGALITÉS,
RÉDUIRE LES MENACES,
RENFORCER LA DÉMOCRATIE